

Presseerklärung

Mit großer Besorgnis blicken die hiesigen Unternehmerinnen und Unternehmer auf die derzeitigen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in unserem Land

Die wirtschaftliche Lage unseres Landes ist so gut und stabil wie seit langem nicht – die Auftragsbücher sind gut gefüllt und die Arbeitslosigkeit ist auf einem historischen Tiefstand; dennoch scheint es bei mehr und mehr Menschen in unserem Land so zu sein, dass Ängste und Unzufriedenheit zunehmen, was sich inzwischen in offener Ausländerfeindlichkeit und einer Radikalisierung bei der Äußerung von politischen Positionen zeigt, die von dem für unsere Demokratie unverzichtbaren Grundrecht der freien Meinungsäußerung ganz offensichtlich nicht mehr gedeckt sind.

Es steht außer Frage, dass sich jeder, der sich in unserem Land aufhält, an die hier geltenden Gesetze zu halten hat. Unabhängig von Nationalität, Hautfarbe und Religion sind Gesetzesverstöße ausnahmslos im Rahmen der gültigen Rechtsordnung zu ahnden und zu sanktionieren. Das gilt für Gewaltverbrechen genauso wie für Volksverhetzungen. Dafür ist staatlicherseits Sorge zu tragen.

In Anbetracht der erschreckenden Bilder, die in den letzten Wochen aus unserem Land heraus in die Welt getragen wurden, sollten wir uns bewusst machen, welchen Eindruck wir im Ausland dadurch hinterlassen: Wollen wir tatsächlich als ein Land wahrgenommen werden, in dem Nichtdeutsche unter Beifallsbekundungen und offenen nationalsozialistischen Parolen von Gruppen mit eindeutig rechtsradikalem Gedankengut gejagt werden? Das kann und darf nicht im Interesse der Zukunft unseres Landes sein!

Unsere gesamte Wirtschaft und insbesondere auch die Unternehmen der Region Minden-Lübbecke sind auf Zuwanderung angewiesen – nur durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die aus dem Ausland zu uns kommen, können wir dem demografischen Wandel entgegenwirken und unseren Wohlstand sichern. Durch internationale und multikulturelle Belegschaften können wir auch in Zukunft unsere Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit in einer immer globaler werdenden Welt erhalten. Darüber hinaus ist eine Sicherung unserer Sozialsysteme (insbesondere der Renten- und Krankenversicherung), die von der Politik als sicher bezeichnet werden, ohne Zuwanderung nicht möglich.

Voraussetzung dafür ist, dass sich Menschen aus dem Ausland in unserem Land willkommen fühlen und sich frei und ohne Angst vor Anfeindungen bewegen und aufhalten können. Hier ist die gesamte Gesellschaft unseres Landes aufgerufen, dafür Sorge zu tragen. Gleichzeitig bleibt die Politik gefordert, im Hinblick auf die eingeschlagene Flüchtlings- und Asylpolitik passende und klare Einwanderungsgesetze zu erlassen und umzusetzen, um den Menschen, die zu uns kommen, schnellstmöglich eine klare Perspektive bezüglich eines Verbleibs in Deutschland und damit eine Integration in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt zu verschaffen.

Als Unternehmerinnen und Unternehmen der Region Minden-Lübbecke werden wir weiterhin unseren Teil dazu beitragen, dass sich ausländische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Betrieben aufgenommen fühlen und mit ihren Familien hier schnell heimisch werden. Wir distanzieren uns eindeutig und unmissverständlich von jeglicher Form von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit und rufen nicht nur unsere Belegschaften, sondern alle Menschen der Region Minden-Lübbecke auf, sich jeglichen diesbezüglichen Tendenzen friedlich und dennoch klar und deutlich entgegenzustellen.

Hierzu folgende „Einzelstatements“ der AGV-Vorstandsmitglieder:

„Als international tätiges Unternehmen dürfen wir uns täglich mit anderen Kulturen auseinandersetzen. Das ist ein Privileg, was uns auch eine andere, positivere Sicht auf die Integration von „Fremden“ in unserem Land ermöglicht. Wir als Unternehmen brauchen Zuwanderung und eine offene Gesellschaft – dafür setzen wir uns täglich mit Herzblut ein und fordern alle auf, gemeinsam die Ursachen der aufkeimenden Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen.“

Robert Falch

„Aufgewachsen in einem friedlichen, weltoffenen und toleranten Nachkriegsdeutschland hätte ich mir nicht vorstellen können, dass rechtsextremes Gedankengut und Ausländerfeindlichkeit in unserem Land die Wahrnehmungsschwellen wieder deutlich übersteigen könnten. Die Unterschätzung dieser Tendenzen in ihren Wirkungen wäre ein fataler und – historisch betrachtet – nicht erstmaliger Fehler. Nicht nur die Politik, sondern alle gesellschaftlichen Kräfte sehe ich aufgerufen, sich an der Bekämpfung der Ursachen dieser Entwicklung zu beteiligen.“

Dr. Michael Pütz

„Die Verletzung des Artikels 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (Die Würde des Menschen ist unantastbar) durch gewaltbereite Personen darf nicht einfach hingenommen werden. Das ist gemeinschaftliche Aufgabe.“

Sven Hohorst

„Wir sind ein Unternehmen mit internationalen Mitarbeitern und auf deren Arbeitsleistung angewiesen. Aus diesem Grund und aus Gründen der Menschlichkeit können derartige Vorgehensweisen nicht toleriert werden. Es ist aus unserer Sicht dringend notwendig, dass die Politik mehr Präsenz zeigt und mehr Verantwortung übernimmt.“

Alfred Dalpke

„Wir als mittelständisches Unternehmen mit einer multikulturellen Belegschaft distanzieren uns von jeder Form von Rassismus, Ausländerfeindlichkeit, Selbstjustiz und ebenso von gewaltbereiten Menschen - das alles gehört für uns nicht zu einem demokratischen, friedlichen und vom Grundgesetz geprägten Deutschland.“

Anja Ruschmeier

"Da wir ein multinationaler Konzern sind, der auf allen fünf Kontinenten vertreten ist und über 13.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rund um die Welt beschäftigt, erklärt sich unsere Einstellung von alleine. Unsere internationale Ausrichtung (und damit einhergehende Firmenphilosophie) sagt mehr als viele Worte.“

Armin Gauselmann

„Als Unternehmer stelle ich mich mit meiner ganzen Kraft gegen Gewalt, Anfeindungen und Ausgrenzung, von welcher Seite auch immer. Unser Wohlstand und unser friedliches Leben hängt wesentlich ab von einer gemeinsamen Wertegemeinschaft, unseren demokratischen Grundwerten und den Prinzipien des Rechtsstaats. Nur so ist ein solidarisches Miteinander denkbar und möglich.“

Dr. Henrik Follmann

„Die aktuellen Geschehnisse in Chemnitz und in Deutschland im Allgemeinen machen uns sehr betroffen. Mit großer Sorge sehen wir, dass es in unserem Land immer wieder zu rassistischen Aktionen und zur vermehrten öffentlichen Zurschaustellung rechten Gedankengutes kommt, was wir aufs Schärfste verurteilen. Wir sehen es als unsere gesellschaftliche Pflicht, den Anfängen zu wehren und appellieren an uns alle in Deutschland und Europa, einen Beitrag gegen Ausgrenzung, Rassismus und rechtes Gedankengut zu leisten und sich dafür einzusetzen, dass Toleranz, gegenseitiger Respekt und Offenheit zentrale gelebte Werte unserer Gesellschaft sind und bleiben. Nur so können wir den erschreckenden Ereignissen nachhaltig Einhalt gebieten.“

Patrick Jacob

Unter dem Dach des **Arbeitgeberverbandes Minden-Lübbecke e.V. (AGV)** werden die Interessen der hiesigen Arbeitgeber gebündelt: Für derzeit 168 Mitgliedsunternehmen mit insgesamt über 29.000 Arbeitsplätzen und fast 1.700 Ausbildungsplätzen vertritt der AGV als „Stimme der regionalen Wirtschaft“ die arbeitgeberseitigen Positionen in der Öffentlichkeit und setzt sich für eine Optimierung der Standortbedingungen ein. Die Kernkompetenz des Verbandes liegt dabei in der umfassenden arbeitsrechtlichen Betreuung: Von der regelmäßigen Information, einem vielfältigen Schulungsangebot über die individuelle Rechtsberatung bis hin zur Prozessvertretung vor den Arbeits- und Sozialgerichten werden die Mitgliedsunternehmen unterstützt. Hinzu kommen Beratungsleistungen in allen Fragen der Arbeitsorganisation und der Arbeitswirtschaft durch die Verbandsingenieure des AGV. Nähere Informationen unter: www.agv-minden.de

Für Rückfragen und weitere Auskünfte steht Ihnen der AGV-Geschäftsführer André M. Fechner telefonisch unter 0571-828200 oder per E-Mail info@agv-minden.de gern zur Verfügung.